

Die Politikwissenschaftlerin Saskia Stachowitsch im Portrait: über ihr Dasein als „Ich-AG“, die Folgen der Privatisierung staatlicher Aufgaben in Militär- und Bildungsbereich und warum die Bedeutung ihres Faches weit über Meinungsumfragen hinausgeht. *Text: Margit Schwarz-Stiglbauer*

Das Heer als gesellschafts-politisches Labor

» „Das Militär“, erklärt die Politikwissenschaftlerin Saskia Stachowitsch, „ist ein Extrembeispiel. Hier kann ich viele Dynamiken, die in der Gesamtgesellschaft zu beobachten sind, wie in einem Labor untersuchen. Nehmen Sie zum Beispiel die Vorstellung vom kriegerischen Mann und der friedfertigen Frau: diese Vorstellung spielt natürlich in vielen gesellschaftlichen Bereichen eine Rolle. Im Militär aber wird diese Geschlechterdichotomie kultiviert.“ Eine Erkenntnis, die die Wissenschaftlerin von der Universität Wien schon früh während ihres Studiums gewinnt. In der Zusammenarbeit mit der Politikwissenschaftlerin Eva Kreisky diskutiert sie über die Themen Staatszerfall, neue Kriege und über Männlichkeit auf der Ebene von Geschlechterverhältnissen. So beginnt sie sich für den Themenkreis Geschlecht und Militär zu interessieren. In ihrer Dissertation an der Universität Wien arbeitet sie über die Frauenintegration im US-Militär. Dabei untersucht sie, wie sich das mediale Bild der Soldatin im Zusammenhang mit den Rekrutierungsverhältnissen verändert. Schon während ihrer Recherchen bemerkt die junge Wissenschaftlerin, dass es in den USA jenseits des staatlichen Militärs einen stark wachsenden privaten militärischen Arbeitsmarkt gibt.

Frauenanteil steigt mit Abschaffung der Wehrpflicht Frauen gab es im US-Militär immer schon. Nur waren sie zunächst in separaten Hilfseinheiten, als Krankenschwestern, Telefonistinnen, aber auch in

technischen Berufen. Das gemeinsame Dienen in einem stehenden Heer kam in den USA erst mit der Abschaffung der Wehrpflicht 1972. Im gleichen Jahr lag der Frauenanteil im US-Militär unter 2 %. Als in den frühen 1990er Jahren unter Präsident Bill Clinton viele Beschränkungen gefallen waren, stieg der Anteil weiblicher Militärs auf etwa 14 %. Generell nennt Stachowitsch als bestimmende Faktoren für einen hohen Frauenanteil im Militär: einen hohen Technologisierungsgrad, aber auch Faktoren wie Konjunkturdaten. Ist die männliche Arbeitslosigkeit hoch und drängen deshalb mehr Männer ins Militär, sinkt der Frauenanteil. Ebenso steigt bei Abschaffung der Wehrpflicht generell der Anteil weiblicher Militärs. Dass die Wehrpflicht negativ auf die Frauenrepräsentation wirkt, erklärt sich die Wissenschaftlerin in einem mangelnden Anreiz, denn: „Alle jungen Männer werden ohne Ansehen von Qualifikation rekrutiert. Welche Anreize sollen also Frauen haben, sich zu bewerben?“, gibt sie zu bedenken.

Österreichisches Bundesheer – maskulinisierender Diskurs Was Österreich anbelangt, ist Stachowitsch allerdings skeptisch, ob die Abschaffung der Wehrpflicht einen Sprung in der Frauenbeteiligung, die aktuell bei etwa 2 % liegt, auslösen würde. „Die Österreicher sind wenig interessiert an ihrem Bundesheer. Ich sehe hier keine Kultur, die eine militärische Karriere als relevant in Betracht zieht“, erläutert sie. Die Vorstellung, dass alle jungen Männer erst durch

das Heer zu Männern werden, schaffe einen maskulinisierenden Diskurs. „Dass junge Männer etwas für die Gesellschaft tun, wichtige Qualifikationen beim Heer erlernen – das sind Aspekte für Männerbiografien. Durch den Militärdienst werden Burschen zu Männern. Wenn man das gleiche für Frauen argumentieren würde, wäre es absurd“, weist die Politikwissenschaftlerin hin.

Erwin-Schrödinger-Stipendium – ideales Forscherleben Ende 2011 erhält Stachowitsch ein Erwin-Schrödinger-Stipendium des FWF und geht damit für zehn Monate nach Großbritannien an die University of Bristol. Eine Zeit, die sie als „ideales Forscherleben“ bezeichnet. „Du kommst in ein neues Umfeld mit neuen Inspirationen und gleichzeitig wenigen Verpflichtungen, die dich von der Forschung ablenken – wie Lehre und Verwaltungsaufgaben. Ich war wahnsinnig produktiv in dieser Zeit, habe viel nachgedacht, geschrieben und gelesen. Alles, was ich hier immer nur zwischendurch machen kann“, erzählt die Forscherin. Deshalb schätzt sie diese FWF-Förderung auch als absoluten „Luxus“.

Privatisierung des Militärs führt zu „Vermännlichung“ Thematisch setzt sie in Bristol das Feld ihrer Dissertation fort. Sie untersucht die Wechselwirkungen zwischen der Auslagerung militärischer Aufgaben an Private und der damit einhergehenden geschlechtsspezifischen Folgen. „Über 50 % der im zweiten Irak-Krieg stationierten US-Truppen werden von pri- »





DIE PRIVATISIERUNG DES MILITÄRS FÜHRT ZUR VERMEHRTEN AUSGRENZUNG VON FRAUEN.

» vaten Anbietern militärischer Dienstleistungen gestellt“, weiß Stachowitsch. Es gibt also in den USA jenseits des staatlichen Militärs diesen völlig anderen Arbeitsmarkt, über den – auch in den USA – wenig bekannt ist. Diese Entwicklung ist ein Aspekt der neoliberalen Umstrukturierung der Staaten und der Staatlichkeit. Diese beruht auf der Vorstellung, dass der private Markt die effizienteren und billigeren Lösungen anzubieten hat. Zu beobachten ist diese Entwicklung auch in anderen Bereichen wie der Bildung und dem Gesundheitswesen. Eine Folge dieser Entwicklung konnte die Politikwissenschaftlerin im Besonderen beobachten: die vermehrte Ausgrenzung von Frauen. Denn das private Militär rekrutiert in erster Linie aus den sehr kampftensiven Einheiten des staatlichen Militärs. Die meisten, die dort arbeiten, sind Exmilitärs. Sie kommen also aus Bereichen, wo Frauen entweder extrem unterrepräsentiert sind oder wo Frauen bis vor kurzem gar nicht dienen durften. „Die Privatisierung des Militärs bringt also einen ‚Vermännlichungseffekt‘. Staatliche Geschlechterpolitiken, die im regulären Militär gelten und dort auch umgesetzt werden müssen, spielen im privaten Bereich überhaupt keine Rolle. Viele Gleichstellungsmaßnahmen werden dadurch völlig ausgehebelt. Männlichkeit gilt in den privaten Firmen als zentrale Kompetenz im militärischen Bereich und darüber hinaus im Sicherheitsbereich und in der Außenpolitik“, erzählt die Wienerin über ihre Forschungsergebnisse. Zudem

ortet sie sogenannte „swinging doors“ zwischen dem privaten und dem staatlichen Bereich: Politische Eliten, die während und besonders nach ihrer politischen Karriere von privaten Militäraufträgen profitieren. „So wurden in den USA in der Bush-junior-Ära viele militärische Kompetenzen an private Interessengruppen abgegeben“, nennt sie ein Beispiel.

Elise-Richter-Stelle – Rekordlaufzeit Während ihrer Zeit in Bristol vertieft sich ihr Wunsch, wieder langfristig in Österreich zu arbeiten. Deshalb bewirbt sie sich für eine Elise-Richter-Stelle, mit der der FWF hoch qualifizierte Wissenschaftlerinnen fördert, die eine Universitätslaufbahn anstreben. Die Förderung soll den Forscherinnen ermöglichen, ihre Habilitation zu schreiben und sich so für eine in- oder ausländische Professur zu bewerben. „Ich hatte allerdings“, lächelt die Wissenschaftlerin, „auch keinen Plan B. Wenn daraus nichts geworden wäre, hätte ich nicht gewusst, wie es weitergeht.“ So freut sie sich besonders, dass ihr diese Karriereförderung für weibliche Wissenschaftlerinnen Ende 2012 zugesprochen wurde. In den nächsten vier Jahren kann sie sich also ganz auf ihre Forschung konzentrieren.

„Ich-AG“ Keine Selbstverständlichkeit. Ist es doch für sie – wie für viele junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – normaler Alltag, eigene Gelder zu akquirieren um ihre Forschung betreiben und sich so an einem Institut halten zu können. „Ich be-

trachte mich in gewisser Weise als selbstständig, als „Ich-AG“, sagt die 33-Jährige und führt weiter aus, „natürlich ist man an Institutionen und Verträge gebunden, aber man muss sehr viel an Struktur mittragen. Ich musste lernen, wie man z. B. Budgets oder Abrechnungen macht. Dinge, die ich nie gelernt habe und die viele nicht mit dem Beruf der Wissenschaftlerin und des Wissenschaftlers verbinden würden.“ Dass es kaum mehr vorgegebene Wege zu beschreiten gebe, keine fixen Stellen oder klare Karriereverläufe, auf die man hinarbeiten könne, das hält die kritische Wissenschaftlerin doch für ein österreichisches Spezifikum. Auch wenn dieses Dasein als Ich-AG Vorteile bringe: es ermöglicht Freiheit. „Das sage ich“, gibt sie nachdenklich zu bedenken, „allerdings auch jetzt, wo ich in einer guten Situation bin. Es kann auch viel Frustration bringen, wenn dieses ‚Ich‘ nirgends andocken kann. Man hat alles getan, man hat eine tolle Idee, man hat das Geld requiriert und dann klappt es aufgrund bürokratischer Hürden, wie z. B. Kettenvertragsregelungen, nicht. Das ist für mich das Schlimmste: wenn unverständlich abstrakte Regelungen einen hindern.“ Ihr längstes Projekt bisher ging über zwei Jahre. Vier Jahre Laufzeit ist also absoluter Rekord für die eloquente Frau. In dieser Zeit möchte sie auch internationale Kontakte vertiefen und gemeinsame Projekte auf die Beine stellen, für ein Semester nach Berkeley gehen – und am Ende soll die Habilitation stehen.

Theorieentwicklungsprojekt Das Elise-Richter-Projekt mit dem Titel „Feminis-



tische Internationale Beziehungen und Staatstheorien. Mögliche Verknüpfungen“ hat sich aus dem Privatisierungsprojekt entwickelt und ist eigentlich ein Theorieentwicklungsprojekt. Es gibt in der Geschlechterforschung zwei wichtige Schulen: Die einen erforschen den Staat und die Institutionen und reflektieren, wie der Staat auf verschiedenen Ebenen vergeschlechtlicht ist. Die andere Seite – die feminist international relations – beschäftigt sich mit der globalen und internationalen Politik. Auch hier spielen die Themen privatisierte Gewalt und Veränderung im Kriegsgeschehen eine wichtige Rolle. „Mir ist aufgefallen, dass diese beiden Theorieschulen sehr wenig interagiert haben. Ich würde gerne beide Denkansätze in einen Dialog bringen und sie so aus ihrer Verengung herausholen und zusammenbringen. Konkret möchte ich das untersuchen am Beispiel der Verschiebung von privat und öffentlich im militärischen Bereich. Ausgehend von diesem Beispiel hoffe ich, dass dieses Gebäude dann auch auf andere Fragen, wie z. B. Arbeitsmigration, international anwendbar wird“, gibt Stachowitsch Ausblick auf weitere Forschungsinteressen. Und nennt einige Fragestellungen: Was ist, wenn der Staat privatisiert und sich gleichzeitig die globale Arbeitsteilung ändert? Interagieren diese Entwicklungen miteinander? Welche sind die geschlechtsspezifischen Effekte? Wie verändert sich die Vorstellung von Sicherheit und wie hängt diese mit der Vorstellung von Geschlecht zusammen? Was bewirkt die Internationalisierung der Sicherheitsstruktur?

Privatisierung und Globalisierung Dabei geht sie von der Annahme aus, dass die Interaktionen des vergeschlechtlichten Staates mit den Aktionen der vergeschlechtlichten internationalen Arena Dynamiken entwickelt, die Geschlechtergleichheit eher untergraben als fördern. Ein Beispiel: Der Staat hat durch bestimmte Arbeitsmarktpolitiken beeinflusst, wie Frauen am Arbeitsmarkt positioniert sind. So gibt es eine Feminisierung des Arbeitsmarktes in Bereichen mit viel Teilzeitarbeit, geringer Qualifikation und geringer gewerkschaftlicher Organisation. Diese Entwicklung verstärkt sich, wenn sich der Staat zurückzieht. Auf der internationalen Ebene sieht man das an der Arbeitsmigration, wo Frauen weltweit aus dem globalen Süden in den Westen emigrieren und dort z. B. Haus-

die gefährliche und schlecht bezahlte Sicherheitsarbeit zur Verfügung stellen. „Diese Leute sind arbeitsrechtlich und in ihrer Bezahlung wesentlich schlechter gestellt und in ihrer Darstellung ‚feminisiert‘: unzuverlässig und unqualifiziert, bringen aber bei richtiger Führung den gewünschten Output. Das sind noch zum Teil rassistische, koloniale Darstellungen. Die ideale Männlichkeit ist in diesem Zusammenhang der weiße, männliche Securitymanager, der über die anderen Männlichkeiten herrscht“, beschreibt die Wissenschaftlerin pointiert das System. Diese Muster hängen ihrer Meinung nach zusammen. „Diese Ungleichheitsvergrößerung auf der internationalen Ebene kann es nur geben, weil Staaten durch ihre Politik diese Entwicklung erlauben“, ist sie sich sicher. So fördern manche Staaten etwa, dass ihre Bürger-

» Durch den Militärdienst werden Burschen zu Männern. Würde man das Gleiche für Frauen argumentieren, wäre es absurd. « Saskia Stachowitsch

arbeit übernehmen. Männliche Migranten arbeiten auf den großen Plantagen der transnationalen Agrarindustrie oder eben am privaten Sicherheitsmarkt. Dieser Markt ist abhängig von Männern aus Ländern wie Bangladesch, Nepal, Fidschi, Uganda und anderen afrikanischen Ländern, die sich für

rinnen im Ausland als Hausmädchen arbeiten können, weil die Devisen, die sie in ihr Heimatland schicken, für die dortige Wirtschaft sehr wichtig sind. Stachowitsch möchte die private Sicherheit nicht nur als Industrie oder als einen Aspekt von Sicherheitspolitik diskutieren, sondern es viel weiter fassen: als »



POLITIKWISSENSCHAFT HINTERFRAGT, DISKUTIERT UND KRITISIERT MACHT- UND HERRSCHAFTSVERHÄLTNISS.

» einen Prozess der globalen Transformation. Wie funktioniert die globale Arbeitsteilung, globale Arbeitsmärkte und wie sind diese von Frauen abhängig? Einerseits, da sie selber emigrieren, andererseits, da sie akzeptieren, dass ihre Männer ins Ausland gehen, um für private Sicherheitsdienste zu arbeiten.

Zufallstreffer Politikwissenschaft Dass Stachowitsch als junge Maturantin ihr Fach gefunden hat, schreibt sie einem Zufall zu. Zunächst inskribiert sie Germanistik, weil ihr der Deutschunterricht in der Schule so gut gefallen hat. Als Nebenfach Politikwissenschaft. Doch die Germanistik entpuppt sich für sie als „furchtbare Qual“. Und sie erkennt ein grundsätzliches Missverständnis: Was ihr am Deutschunterricht gefallen hat, war nicht die Sprachwissenschaft, waren auch nicht literaturwissenschaftliche Aspekte, sondern die Sozialwissenschaft. „Über die Gesellschaft reflektieren – etwas, das in den Lehrplänen nicht vorgesehen ist – geschah bei uns im Deutschunterricht“, erinnert sie sich an ihre Zeit am Gymnasium Auf der Schmelz. So fand sie auch zu ihrem Fach, der Politikwissenschaft. Aus dieser eigenen Erfahrung ist sie auch skeptisch, wenn es um Regelungen geht, durch die man noch schneller studieren soll und sich nicht mehr umentscheiden kann. „Nicht jeder hat das Glück, gleich das Richtige zu finden. Es dauert einfach schon, bis man versteht, wie ein Studium funktioniert“, sagt sie

und würde sich hier mehr Aufklärung in den Schulen wünschen.

Politikwissenschaft als kritische, selbstreflexive Wissenschaft Wenn sie heute erwähnt, dass sie Politikwissenschaftlerin ist, kommt oft die Reaktion: „Ah, den Peter Filzmaier habe ich grad im Fernsehen gesehen.“ „Ohne das abwerten zu wollen, aber das ist das einzige Bild, das die allermeisten Leute von Politikwissenschaftlern haben: Es geht um Meinungsumfragen, es geht um Tagespolitik, Stimmungserfassungen und Prognosen.“ Dabei sei das nur ein Aspekt und sie würde sich wünschen, dass die Politikwissenschaft mehr als Sozialwissenschaft in den Vordergrund treten würde. „Eine kritische Wissenschaft, die sich positioniert und Macht- und Herrschaftsverhältnisse hinterfragt, diskutiert und kritisiert.“ Auch die wissenschaftliche Objektivität, wie sie in den Naturwissenschaften und technischen Wissenschaften angestrebt wird, sieht sie in den Sozialwissenschaften nur sehr bedingt erreichbar. „Wir sind Teil der Gesellschaft, die wir beobachten, und gestalten so

den Prozess mit. Da bräuchte es mehr Selbstreflexion“, fordert die Forscherin.

Freiheit der Forschung Von der Wissenschaftspolitik wünscht sie sich, dass die Sozialwissenschaften mehr Platz haben in einer Universitätslandschaft, die immer mehr Wert auf Vermarktbarkeit von Wissen legt. „Was im Moment als die Zukunft der Forschungsförderung gepriesen wird, die Netzwerke zwischen der Privatwirtschaft und den Universitäten, ist für die Sozialwissenschaften sehr problematisch. Sozialwissenschaftliches Wissen kann nur in wenigen Fällen für Profite eingesetzt werden – und sollte auch Abstand zur Macht bewahren. Das ist ja die Grundidee: Die Freiheit der Forschung“, gibt die Forscherin zu bedenken. Diese Entwicklung sieht sie als ein gutes Beispiel der Privatisierung in allen Bereichen. „Wenn der Staat sich zurückzieht aus seiner Rolle – sowohl in der Landesverteidigung als auch im Gesundheitswesen und in der Bildung –, dann hat das Effekte. In der Wissenschaft hat es Effekte auf das Wissen, das produziert wird.“ «



» Die Politikwissenschaftlerin **Saskia Stachowitsch** ist seit 2005 Projektmitarbeiterin und Lektorin an der Universität Wien. Bereits in ihrer Dissertation forschte sie zu Frauen im US-Militär. 2012 war sie, unterstützt von einem Erwin-Schrödinger-Stipendium, an der University of Bristol in Großbritannien. Ende 2012 erhielt die 33-jährige Wienerin eine Elise-Richter-Stelle.